

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

27.11.1863 (No. 279)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 27. November.

N. 279.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf den Monat Dezember der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

○ **Frankfurt**, 26. Nov. Die heutige Bundestags-Sitzung ist ausgefallen und auf übermorgen verlagert worden.

△ **Darmstadt**, 26. Nov. Die Zweite Kammer hat heute einstimmig den Weg'schen Antrag angenommen: den Ministerpräsidenten Hrn. v. Dalwigk durch den Präsidenten der Kammer anzugehen, den Bundestags-Gesandten nöthigenfalls durch den Telegraphen anzuweisen, in der heutigen Bundestags-Sitzung für die Sequestration der Erbherzogthümer, sowie die Anerkennung des Herzogs Friedrich von Augustenburg und das Ergreifen der hierzu nöthigen Maßregeln zu stimmen.

○ **Gotha**, 26. Nov. (Schw. M.) Erbprinz Reuß und Prinz Christian von Augustenburg sind mit einer Mission des Herzogs Friedrich von hier abgereist.

Deutschland.

○ **Karlsruhe**, 26. Nov. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 50 enthält:

1. Unmittelbare allerhöchste Entschlüsseungen Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs. a) Die Enderhebung der Landstände auf Montag den 30. d. M. betreffend. b) Die Ernennung von acht Mitgliedern in die erste Kammer der Ständeversammlung betreffend. Darnach haben sich Se. Königl. Hoheit der Großherzog allergnädigst bewogen gefunden, für die bevorstehende Ständeversammlung zu Mitgliedern der Ersten Kammer von höchster Seite zu ernennen:

1) den Geheimen Rath und Bundestags-Gesandten Dr. von Wöhl,

2) den Oberst Friedrich Keller, Chef des Generalstabs und Mitglied des Kriegsministeriums,

3) den Geheimen Rath und Professor Dr. Bluntzli,

4) den Geheimen Kirchenrath und Professor Dr. Nothe,

5) den Oberhofgerichts-Advokaten Dr. Bertheau in Mannheim,

6) den Fabrikhaber August Denuig in Pforzheim,

7) den Kunsthandwerker Philipp Artaria in Mannheim,

8) den Fabrikhaber Franz Joseph Faller in Benzloch.

c) Die Ernennung des Präsidenten und der Vizepräsidenten für die erste Kammer der Ständeversammlung betreffend. Darnach haben Se. Königl. Hoheit der Großherzog zum Präsidenten der ersten Kammer der Ständeversammlung für die Dauer des nächsten Landtages Se. Grob. Hoheit den Prinzen und Markgrafen Wilhelm, sodann zum ersten Vizepräsidenten den Kammerherrn Karl Frhrn. Göler von Ravensburg, und zum zweiten Vizepräsidenten den Stadtdirektor Grafen von Jennin ernannt.

II. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern: Staatsgenehmigung von Stiftungen im Seekreis betreffend.

Die Maori's.

(Schluß aus Nr. 278.)

Durch die schon von Georg Forster beschriebenen, höchst wunderlichen Begrüßungszeremonien ist übrigens gefordert, daß dem Gast die Zeit nicht zu lange wird. Diefelben bestehen nämlich darin, daß sich alle Zusammenstehenden, selbst wenn sie verschiedenen Geschlechtes sind, wechselseitig die Nasen an einander reiben. Sind seit dem letzten Zusammensein Todesfälle vorgekommen, so ist der Willkomm noch etwas umständlicher. Wir lassen darüber Hochstetler sprechen, welcher zufällig Zeuge einer solchen Begrüßung war. „Beim ersten Zusammenreffen“, erzählt er, „haben die Weiber, welche sich vorher sorgfältig gepulvert hatten, beiderseits einen jämmerlichen Klagegesang an, schlugen die Hände bald über der Brust, bald über dem Rücken zusammen, beugten sich wiederholt unter allerlei krampfhaften Bewegungen tief zur Erde und drückten auf diese Weise ihre schmerzlichen Gefühle aus. Dies dauerte ungefähr eine Stunde lang. Die Männer standen unterdessen würdevoll in ihre Wolldecken gehüllt, ganz unbeweglich da und verzogen keine Miene.“ Dem fremden Naturforscher blieb natürlich nichts übrig, als den ruhigen Zeugen dieses seltsamen Auftritts abzugeben, auf welchen alsdann das allseitige Nasenreiben folgte, wobei auch er mitzuwirken hatte. Auf letzteres folgte unmittelbar die unterdessen zubereitete Mahlzeit, welche in ganz artigen geschichtenen Körben dampfend vorgelegt wurde.

Die Sprache der Maori's hat nur vierzehn durch Buchstaben darstellbare Laute, und fast sämtliche Silben der Worte bestehen nur aus zwei Buchstaben und gehen auf einen Vokal aus. Daher eignet sich die Maori-Sprache zwar sehr gut für den Gesang; aber es fällt diesem Volk über alle Maßen schwer, Fremdwörter auszusprechen, in denen Silben vorkommen, welche mit Konsonanten schließen, und sie machen alsdann entweder aus einer geschlossenen Silbe zwei offene,

○ **Frankfurt**, 25. Nov. Es ist mit voller Sicherheit zu erwarten, daß die Bundesversammlung in der morgen stattfindenden Sitzung sich mit Mehrheit für die Zurückweisung des bisherigen dänischen Gesandten erklären wird. Damit ist jedoch die Zulassung des Hrn. v. Wohl als Gesandter des Herzogs Friedrich noch keineswegs ausgesprochen. Der bezügliche Antrag des Ausschusses geht vielmehr nur „auf Suspendirung“ des gesandtschaftlichen Postens „bis nach Austrag der Sache“. Treten nicht unerwartete Zwischenfälle ein, so ist jedoch zu erwarten, daß s. Z. auch die Zulassung des Hrn. v. Wohl mit großer Majorität beschlossen werden wird.

Bei dem Herzog von Augustenburg in Gotha sollen zahlreiche Anerbietungen von Offizieren, Anleiheofferten u. dgl. einlaufen.

Bei der Abstimmung über den Antrag der vereinigten Ausschüsse (der Russell'schen Depesche vom 29. Sept. keine Folge zu geben) in der Bundestags-Sitzung vom 22. Okt. enthielt sich der dänische Gesandte keines Votums, da er noch ohne Instruktion war. In der darauf folgenden Sitzung erklärte er sich dahin angewiesen, auszusprechen, daß, insofern die Forderungen des durchl. Bundes Danemark gegenüber weiter gehen, als den Herzogthümern Holstein und Lauenburg eine autonome Selbständigkeit zu gewähren, nehme die Frage einen internationalen Charakter an und könne auf friedliche Weise nur durch Verhandlungen gelöst werden. Darauf wörtlich weiter:

Nach den gemachten Erfahrungen kann die Königl. Regierung sich nur bei dem Grafen Russell in der Depesche vom 29. Sept. ausgesprochenen Ansicht anschließen, daß solche Verhandlungen an Aussicht auf Erfolg gewinnen würden, wenn sie unter Mitwirkung derjenigen Mächte stattfinden, die durch den Londoner Vertrag sich verpflichtet haben, die Integrität und Unabhängigkeit Dänemarks zu achten.

In derselben Sitzung gab der dänische Gesandte auch Antwort auf den Bundesbeschluss vom 1. Okt. Bei der Umfrage über den Präsidialvorschlag, diese Antwort den vereinigten Ausschüssen zuzuwenden, enthielten sich Dänemark und die Niederlande der Abstimmung; die sächsischen Häuser hielten sich das Protokoll offen und Oldenburg mit Anhalt und Schwarzburg erklärten:

Der Gesandte will der Verweisung an die vereinigten Ausschüsse zwar nicht widersprechen, obgleich er der Meinung ist, daß aus der vorzunehmenden Erklärung der zufassende Bundesbeschluss schon klar genug von selbst gegeben erscheine; doch behält er seinen Regierungen eine etwaige weitere Äußerung dieserhalb vor.

○ **München**, 23. Nov. (Bayr. Bl.) An die Bewohner Münchens ist folgender Aufruf erlassen worden:

Die schleswig-holsteinische Frage ist durch den Tod des Königs von Dänemark und die daran sich knüpfenden Vorgänge an einem neuen Wendepunkt angelangt. An ihrer endlichen und befriedigenden Lösung hängt Deutschlands Ehre, seine Stellung dem Ausland gegenüber, ein wesentlicher Theil seiner innern Befriedigung. Alle Parteien sind darüber einig. Deshalb mögen sie alle sich vereinigen, um durch den Ausspruch des gesammten Volks kundzugeben, daß des Volkes Herz an dieser Lösung hänge. Gelegenheit hierzu in Bayerns Hauptstadt bieten die Unterzeichneten durch Anberaumung einer öffentlichen Versammlung im großen Saal des k. Odeons am Mittwoch den 25. d., Abends 6 Uhr, wozu sie hiemit einladen. München, 22. Nov. 1863.

Der Aufruf ist von den geachteten Bewohnern unserer

Stadt, von Personen der verschiedensten politischen Richtung unterzeichnet.

○ **München**, 25. Nov. (B. T. B.) Die offiziöse „Bayer. Ztg.“ bestätigt, daß es nicht zweifelhaft sei, was die bayerische Regierung in der schleswig-holsteinischen Sache thun werde: sie werde ihrer seitherigen Haltung treu und konsequent bleiben. Ueber die Mittel und Wege, wie eine glückliche Lösung erreicht werden könne, habe jedoch der Bund zu beschließen, und man dürfe hoffen und vertrauen, daß er den Beschluß mit dem Ernste fassen werde, der nöthig ist, um dem Rechte Deutschlands zum baldigen Sieg zu verhelfen.

○ **München**, 25. Nov. Gestern Abend hat eine Versammlung aus Anlaß der schleswig-holsteinischen Frage stattgefunden, an der sich wenigstens 6000 Personen theilnahmen. Es gab keinen Unterschied der Parteien. Die Hauptredner waren der prakt. Arzt Dr. Kreitmayer, Dr. H. Beckh, die Rechtsanwälte Erhard und Frankfurter u. A. Es wurde eine Adresse an den König beschlossen, worin Se. Maj. gebeten wird, dahin zu wirken, daß der Bundestag zur Wahrung des Rechts und der Ehre Deutschlands seine Pflicht thue; feierlich wird bekundet und verheißen, daß das Volk, der Anforderungen, die zur Erreichung des Ziels nothwendig werden könnten und würden, wohl bewußt, zu Erfüllung derselben manhaft und fest entschlossen ist. Ferner wurde das Komitee, von dem die Einladung zur heutigen Versammlung ausgegangen, als definitiv zur Vorbereitung und Ergreifung aller in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit hier weiter zu ergreifenden Maßregeln durch Affirmation bestätigt und auf dieselbe Weise den allgemeinen Andeutungen des Vorsitzenden, in welcher Art das Komitee die Agitation zu organisiren und weiterzuführen beabsichtige, einstimmige Genehmigung erteilt. Schließlich wurde die Zustimmung zu der in der Augsburger Versammlung beschlossenen Resolution ausgesprochen.

○ **Wiesbaden**, 24. Nov. (Fr. Z.) Die auf heute Abend berufene Versammlung zur Besprechung der schleswig-holsteinischen Frage war äußerst zahlreich besucht. Nach dem Borgang anderer Städte hatten sich Männer aller Berufs- und Parteistellungen eingefunden, mit dem ausgesprochenen Vorsatz, dieser einen Frage gegenüber alles Andere in den Hintergrund treten zu lassen. Die Versammlung kam deshalb dann auch bald darin überein: 1) eine auf die legitimen Rechte der Herzogthümer und des Prinzen Friedrich von Augustenburg bezügliche Erklärung abzugeben und 2) eine Petition an den Herzog zu beschließen, daß er für diese legitimen Rechte, welchen das Volk Gut und Blut zu opfern bereit stehe, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln eintreten möge. Die Petition wird in verschiedenen Lokalen der Stadt zur Unterzeichnung aufgelegt werden.

○ **Wiesbaden**, 25. Nov. (Fr. Z.) Großer Sieg der Fortschrittspartei. Diefelbe siegte in: Wiesbaden Lang und Ruff, Rüdelsheim Braun, Höchst Weinbach, Königstein Cyner, Schwalbach Kling, Diez Mohr, Runkel Knapp, Nassau Born, Herborn Knapp (doppelt), Hochheim Stillger, Dillenburg Raht, Weilburg Raht (doppelt).

○ **Wiesbaden**, 25. Nov. (Fr. Z.) Prokurator Dr. Lang ist einstimmig zum Abgeordneten hiesiger Stadt gewählt.

○ **Sanau**, 24. Nov. In einer zahlreich besuchten Volksversammlung in Betreff Schleswig-Holsteins, in

oder sie sprechen den Schlusskonsonanten gar nicht aus. In Betreff des Englischen sagte einmal ein Eingeborener zu einem mit ihm sehr befreundeten Engländer, die englische Sprache gehe ihm wohl ins Ohr hinein, aber er bringe sie nicht wieder heraus.

Die Phantasie ist bei den meisten Naturvölkern vorwiegend; aber bei den Maori zeigt dieselbe nicht allein eine sehr reiche, sondern auch eine sehr schöne und zart sinnige Entwicklung. Ueberhaupt besitzt dieses Volk eine ganz ungewöhnliche poetische Begabung. Fast alle Sättungen von Naturkörpern, so wie die meisten Naturkräfte, haben ihre besondere Gottheit, und auch die leblosen Gegenstände nehmen bei ihrer kindlichen Auffassungsweise Theil an dem Leben der Natur. Das Meer magt an der Erde, der Himmel weint, die Erde trinkt das Wasser des Himmels, die Nacht verschlingt das Licht, und der Tag verzehrt wieder die Nacht. — Hochstetler theilt in dem schon öfter genannten vortrefflichen Werk eine Anzahl wunderlicher Sagen dieser Inseln mit, von denen wir nur den Schluß von jener mittelstehen wollen, welche die durch feindliche Gewalten veranlaßte Trennung eines Elternpaares, des Himmels und der Erde, veranschaulichen soll. Er lautet wie folgt: „Ihre gegenseitige Liebe bleibt trotz der Trennung ewig und immer dieselbe. Der Vater schaut mit blauen Augen herab nach der Mutter. Die sanften Ceufer ihrer Brust steigen empor zu ihm; von den walbigen Bergeshöhen und den tiefen Thälern erheben sie sich zum Himmel; die Menschen nennen dies — Nebel. Und der Himmel, wenn er während der langen Nächte über die Trennung von der Geliebten klagt, vergießt tausend glänzende Thränen, die auf ihren Wunden fallen, und die Menschen, wenn sie dieselben sehen, nennen sie — Thautropfen.“

Zum Schluß geben wir hier noch die deutsche Uebersetzung eines maorischen Gedichtes, worin sich die Gefühle bei der Trennung von einem Freunde kund geben. Es lautet wie folgt:

„Dunkel rollen düstere Wolken
Um den Gipfel Puhakina,

Uebert Pfad, wo mein Geliebter
Ewig meinem Blick entschwunden.
Keht, ach keht' nur einmal wieder,
Daß der Liebe Strom kann fließen
Aus den tränenmilden Augen,
Ein Tribut der wahren Liebe,
Deine trauten Arme drücken
Mich unwürdig an die Brust ein;
Kammernd wand' seitdem mein hochdem
Herz um Dich die stärksten Ranken.“

— In den Stahlsquellen von Pyromont sind bei der zum Zweck einer neuen Fassung gemachten Entblöpfung des umliegenden Bodens germanische (?) Alterthümer und römische Münzen von Domitian und Marc Aurel, sowie die Wurzeln alter Lindenbäume gefunden worden. Das Prachtstück des Fundes ist ein etwa einen halben Liter fassendes, bronzenes rundes Schöpfgefäß, auf das kunstvollste gravirt und blau und grün emailirt.

— In Lille wurde am letzten Freitag eine mit dem Eisenbahnzug aus Belgien gekommene Dame auf dem Bahnhof ins Zollbureau komplementirt, weil ihre Krinoline doch gar zu umfangreich war. Die Untersuchung ergab 28 Kilogramme importirten Rauchtabak.

— Der Verwaltungsrath der Deutschen Schillerstiftung hat dem Schriftsteller Hermann Marggraf in Leipzig, gegenwärtig Redakteur der Blätter für literarische Unterhaltung, eine dreijährige Pension von 300 Thln. für 1864-66 ausgesetzt.

— Der Bildhauer Jolyatier, bekannt durch seinen „Spartakus“, ist, 70 Jahre alt, in Paris gestorben.

welcher die Abgg. Biegler, Trabert und andere Redner sprachen, wurde folgende Petition an das kurfürstliche Gesamtministerium einstimmig angenommen:

Mit dem Tode Friedrich's VII., Königs von Dänemark, ist der Augenblick gekommen, in welchem gegenüber den Ansprüchen Dänemarks durch sofortige Anerkennung und Einsetzung des legitimen Herzogs von Schleswig-Holstein das Unrecht geklärt werden kann, das nun schon so lange thatenlos ertragen wurde. Deutschland verlangt im Namen des Rechtes und der nationalen Ehre, daß dieser Augenblick energisch ergriffen werde. Deutschland verlangt, daß die Herzogtümer Schleswig und Holstein unter Wahrung ihrer Nationalität bis auf's Äußerste verteidigt werden, insbesondere in diesem ihrem Rechte: auf ewig ungeteilt zu bleiben, um gleichzeitig für alle Zeit frei zu werden von jeder Art dänischer Knechtschaft. Wir sprechen das namentlich auch gegenüber unserer hohen Staatsregierung aus, indem wir uns der Zuversicht hingeben, Hochdieselbe werde ohne Verzug die zu Alldem geeigneten Schritte thun. Unsere Staatsregierung möge sich dabei bewußt sein, daß das deutsche Volk entschlossen ist, in kräftiger Aktion jede Einmischung des Auslandes als einen Angriff auf Deutschlands Ehre zurückzuschlagen.

Gotha, 24. Nov. Nach der „Goth. Ztg.“ hat der Herzog auf den Wunsch des Herzogs Friedrich von Schleswig-Holstein den Geh. Staatsrath Francke zu Koburg und den Geh. Regierungsrath Samwer zu Gotha, unter einstweiliger Entbindung von ihren bisherigen Eides- und Dienstpflichten, ermächtigt, in das neu zu bildende Ministerium für Schleswig-Holstein einzutreten. In dessen Folge sind die beiden genannten Beamten heute von dem Herzog von Schleswig-Holstein in Pflicht genommen worden und hat Hr. Francke die Leitung der Geschäfte für das Innere, Hr. Samwer das Departement der auswärtigen Angelegenheiten übernommen. — Am gestrigen Tage traf der Prinz Christian zu Augustenburg, jüngerer Bruder des Herzogs von Schleswig-Holstein, und heute der Erbprinz von Meiß j. L. zum Besuch bei dem Herzog hier ein.

Dresden, 25. Nov. (W. L. B.) Auf der heutigen Tagesordnung der Ersten Kammer stand der Antrag des Frhrn. v. Welck. Die Kammer beschloß, indem sie ihre Befriedigung mit der von der Regierung gestern in der Zweiten Kammer abgegebenen Erklärung ausspreche und voraussetze, die Regierung werde auch für die Geltendmachung der Rechte des Hofsteins auf Schleswig wirken, zu erklären, daß das sächsische Volk und seine Vertreter bereit seien, die Regierung hierin in jeder Weise zu unterstützen, selbst wenn die Ergreifung der äußersten Mittel nöthig werden sollte.

Dresden, 24. Nov. Der Standpunkt Sachsens zur Schleswig-holsteinischen Frage wird aus der Antwort wort ersichtlich, welche der Staatsminister v. Beust in der heutigen Sitzung der Zweiten Kammer auf die am Donnerstag von dem Abgeordneten Wammen und Genossen gestellte Interpellation ertheilte. Sämmtliche Tribünen waren in allen Räumen überfüllt und vermochten das andringende Publikum nicht zu fassen. Hr. v. Beust sagte:

Wie der hohen Kammer bekannt ist, haben verschiedene Maßregeln der dänischen Regierung während der letzten Jahre, insbesondere die vielbesprochene Bekanntmachung vom 30. März, dem Bunde zu wiederholten Verhandlungen Anlaß gegeben, in deren Verlauf schließlich die eventuelle Verhängung der Bundesexekution über Holstein beschlossen wurde. Die sächsische Regierung wurde aufgefordert, sich an dieser Maßregel zu betheiligen. Sie entsprach auf das bereitwilligste dieser Aufforderung, und ich würde nöthigenfalls in der Lage sein, den Nachweis zu liefern, daß sie nicht allein die ihr obliegenden militärischen Vorbereitungen ungesäumt und thätig ins Werk setzte, sondern daß sie auch auf alle Weise bemüht war, dahin zu wirken, daß die Bundesexekution schleunigst vollzogen, daß also die militärische Besetzung Holsteins schleunigst ins Werk gesetzt werde.

Es hatte die Angelegenheit die verschiedenen, durch die Bundesexekutions-Ordnung vorgeschriebenen Stadien durchlaufen und war zu dem den wirklichen Eintritt der Exekution aussprechenden Beschlusse reif, als König Friedrich VII. von Dänemark verschied. In Folge dessen machte der Erbprinz von Holstein-Augustenburg, entgegen dem in dem Londoner Vertrag vom 8. Mai 1852 aufgestellten Erbfolge-Ordnung Erbansprüche auf die Herzogtümer Schleswig-Holstein geltend. In Folge dieses Vorganges sah sich der Bund einer neuen Frage gegenüber, der Frage der Erbfolge-Ordnung zunächst im Herzogthum Holstein.

Bei dieser Sachlage schien der sächsischen Regierung die erste und nächste Aufgabe die zu sein, daß den in dieser Frage nunmehr von dem Bunde zu fassenden Beschlüssen in keiner Weise, sei es durch einen Akt des Handelns oder des Geschehenslassens, vorgegriffen werde. Es erging daher von hier aus bereits am 18. d. M. an den königl. Bundestags-Gesandten die Weisung, und zwar auf telegraphischem Wege, sich entschieden dahin auszusprechen, daß, so lange der Bund die Successionsfrage nicht erledigt habe, ein dänischer Gesandte in der Bundesversammlung nicht zugelassen, und ein Kreditiv desselben nicht anzunehmen sei. (Bravo!)

Im Verlauf der am vorigen Sonnabend, am 20., stattgefundenen Bundestags-Sitzung aber, woran, nicht im Einklang mit der diesseitigen Auffassung, der bisherige königl. dänische, herzoglich-holstein-lauenburgische Bundestags-Gesandte Theil genommen hatte, ist unter dem Gesitigen der Bundestags-Gesandte angewiesen worden, in der Bundesversammlung einen förmlichen Antrag einzubringen, dahin gehend:

„Es sei bis zu dem möglichst zu fördernden Austrage der Sache die Zulassung eines Abgeordneten Sr. Maj. des Königs von Dänemark zu den Verhandlungen der Bundesversammlung nicht für statthaft zu erachten, auch von dem Entgegennehmen von Beglaubigungsschreiben eines königl. dänischen Abgeordneten als Mitglied der Bundesversammlung abzusehen; ferner:

es seien unverzüglich die nöthigen Anordnungen zu treffen, damit das für Holstein bestimmte Exekutionskorps mit der den Umständen entsprechenden Verstärkung in Holstein und Lauenburg einrücke, um diese Bundesländer bis zu dem Zeitpunkt besetzt zu halten, wo der Bund sich in der Lage sehen wird, dem von ihm als rechtmäßig anerkannten Nachfolger in gedachten Herzogthümern legitime Bundesländer zu eigener Verwaltung zu übergeben.“ (Bravo! von Seiten der Kammer und der Tribünen.)

Dies, meine Herren, sind die Maßnahmen, welche nach der Ansicht der diesseitigen Regierung der Sachlage entsprechen, welche ihr eben so fortrefflich als wirksam scheinen, um den, von dem Bunde nunmehr zu lassenden Beschlüssen die Geltung zu sichern, und welche, wenigstens

nach der diesseitigen Ansicht, zu beanstanden auch die mächtigsten Mitglieder des Bundes gerechte Ursache nicht haben. Die Einigkeit unter den Bundesgliedern ist aber jetzt mehr als je dringendes Bedürfnis; ein eben so großes Bedürfnis ist es, daß der Bund, wenn er im Begriff steht, für das Recht einzutreten, vielleicht das Recht gegen die Macht zu verteidigen, auch die Reichsfrage ohne Säumen, aber mit Ernst und mit Ruhe prüfe und danach beschließe.

Gleichwie die sächsische Regierung ihre Ansichten und Handlungen offen, ohne Scheu und Kenglichkeit bekennet und sie allen Regierungen, deutschen wie fremden gegenüber mit Nachdruck zu vertreten beflissen ist, so wird sie auch alsdann ihre Abstimmung mit voller Freiheit und allein nach ihrer gewissenhaften Ueberzeugung bemessen. Ich darf aber wohl hoffen, es werde in Sachen kein Zweifel darüber bestehen, daß an maßgebender Stelle das gute Recht eine eben so sichere Stütze findet, als die Ehre Deutschlands. Und, meine Herren, lassen Sie sich zu wohlwollendem Gehör noch das Eine gelagt sein: die sächsische Regierung ist nicht eilig mit Rundgebungen und Beschläffen, die, von ihr allein ausgehend, eine Entscheidung nicht bringen, sie vielleicht nur erschweren können; wenn es aber zum Handeln kommt, so wird Sachsen nicht im letzten Treffen zu finden sein. (Allseitiges Bravo!)

Odenburg, 23. Nov. Dem Großherzog ist heute nachstehende, von den städtischen Kollegien gestern einstimmig beschlossene Adresse durch eine Deputation überreicht worden:

Durchlauchigster Großherzog! Gnädigster Fürst und Herr! Um bei nicht versammelter Landesvertretung ihrem tiefsten und, wie sie fest glauben, von allen ihren Mitbürgern getheilten Gefühl: einen Ausdruck zu geben, nahen sich die treu gehorsamsten Vertreter Ihrer Hauptstadt mit der unterthänigsten Bitte: Ew. Königl. Hoheit, der edle Vorkämpfer für deutsches Recht in Schleswig-Holstein, wollen zur Wahrung dieses Rechtes auf ein möglichst schleuniges Handeln hinwirken. In der Ueberzeugung, daß jeder Verzug die Gefahr vergrößert, jedes energische Handeln sie verringert, würde Ihr Volk einer sofortigen Besetzung Schleswig-Holsteins durch deutsche Truppen und zur Sicherung dieser Maßregel einer Wehrhaftmachung des ganzen deutschen Bundesherres mit opferfreudiger Bereitwilligkeit zuzuschlagen.

Odenburg, 23. Nov. Der Landtag ist durch gestern ausgegebene Verordnung auf den 7. Dezember einberufen.

Somburg, 24. Nov. (Fr. Z.) In der heutigen, auch von der Ritterschaft zahlreich besuchten Versammlung hessischer Ständeabgeordneter wurde einstimmig die Eingabe der 25 Abgeordneten an die Bundesversammlung gutgeheißen. Weitere 38 Mitglieder, darunter Baron Blome, unterzeichneten nachträglich die Eingabe. In Kiel berechnet man, daß 500 B e a m t e den Eid verweigert haben.

Altona, 23. Nov. (Nürnb. Corr.) Aus Kopenhagen erfahre ich aus einer sehr gut unterrichteten Quelle, daß man dort in entscheidenden Kreisen über die gestern eingetroffenen Nachrichten aus Frankfurt keineswegs beunruhigt ist. Daß Desterreich und Preußen in diesem verhängnißvollen Augenblick keinen andern Antrag an den Bund gestellt haben, als den, einen „Protest“ zu erheben, gegen die unter dem 18. Nov. von dem Protokollprinzen erfolgte Unterzeichnung des die Incorporation Schleswigs in's Werk setzenden Verfassungsgegesetzes hat in den Kopenhagener governementalen Kreisen große Befriedigung hervorgerufen. Man glaubt sich nach diesem Vorgang der Gewißheit hingeben zu können, daß nur die alte Komödie weiter fortgesetzt werden wird. Der Generaladjutant für die Marine, Kammerherr Jrminger, dem, wie ich höre, die Mission übertragen werden soll, in Berlin und wahrscheinlich auch in Petersburg das Ableben Friedrich's VII. und die Thronbesteigung Christian's IX. zu notificiren, soll deshalb auch die Instruktion erhalten, sich vor Allem des preussischen Hofes zu vergewissern und zu diesem Zweck namentlich unter der Hand zu versichern: „daß der König die besten Intentionen habe und, wenn man ihm nur Ruhe lasse, bald genug die Herrschaft der eiderdänischen Partei brechen wolle.“ Auch den andern Höfen werden unter der Hand ähnliche vertrauliche Mittheilungen seitens des Protokollprinzen gemacht werden. Das Interessanteste hierbei ist, daß die H. H. Hall und Orla Lehmann, die Führer der eiderdänischen Partei, von diesen Versicherungen, die hinter ihrem Rücken den Höfen gemacht werden sollen, nicht bloß vollkommen unterrichtet, sondern auch mit diesem Manöver durchaus einverstanden sind.

Kiel, 22. Nov. (Nat.-Ztg.) So eben ist das Deputirtenkollegium versammelt gewesen, um den Magistrat aufzufordern, heute Abend mit ihm in gemeinschaftlicher Sitzung die Anerkennung des Herzogs Friedrich VII. Namens der Stadt Kiel zu erklären. Der Magistrat wird der Einladung folgen. — Gestern Abend haben die Beamten in Rendsburg beschlossen, den Eid gleichfalls nicht zu leisten; auch die Beamten der Regierung in Plön von den Bureauchefs abwärts werden nicht huldigen. — Das Gerücht, daß Karl Moltke zum Minister ernannt sei, bestätigt sich nicht. Dagegen ist Lewehow, Amtmann in Izhoe, heute Morgen, in Folge Einladung nach Kopenhagen hier durchgereist. — Die Kondokanten der Ritterschaft sind heute hier versammelt und haben dem Bernehmen nach beschlossen, die Ritterschaft schleunigst einzuberufen; die ritterschaftlichen Mitglieder werden morgen auch in Hamburg der Ständeversammlung beiwohnen.

Berlin, 25. Nov. Die „Kreuztg.“ lehnt heute den Vergleich der Stellung Preußens und verschiedener kleinerer Staaten in der Schleswig-holsteinischen Frage ab; Preußen habe letztere stets als eine Bundesangelegenheit betrachtet, und deshalb werde auch zu allererst der Bundesbeschluß abzuwarten sein; die Haltung Preußens gehe übrigens aus seinem mit Desterreich am Bunde abgegebenen Proteste hervor.

Die nächste Folge dieses Protestes — fährt das genannte Blatt fort — wird also die Bundesexekution sein. Doch wäre es eben so irrig, zu behaupten, daß aus demselben die Anerkennung des Königs Christian als Herzog von Schleswig-Holstein folge, weil eine Bundesexekution nur gegen einen Bundesfürsten gerichtet sein könne, als andererseits, daß mit demselben die Anerkennung des Herzogs von Augustenburg ausgesprochen werde. Jedemfalls wird die Exekution eine klare Lage schaffen und das ist vor Allem noth. Allerdings unter-

schähen wir die Tragweite der Verpflichtungen nicht, welche Preußen durch Ratifikation des Londoner Vertrages übernommen hat; aber um so weniger kann Preußen durch diesen Vertrag in einen Widerspruch mit seinen Bundespflichten geraten, da Artikel 3 dieses Vertrages ausdrücklich anerkennt, daß der Vertrag in keiner Weise die bestehenden Rechte des Deutschen Bundes beeinträchtigen dürfe, und es ist eben nur die Schuld der dänischen Regierung, wenn dieselbe die Voraussetzungen des Londoner Protokolls nicht nur nicht erfüllt, sondern dieselben verletzt.

Dasselbe Blatt schreibt: Im Verlauf der hier tagenden Zollkonferenz hatte bekanntlich Bayern das Anstehen gestellt, vor Allem über die Propositionen Desterreichs zu verhandeln. Preußen dagegen forderte, daß ohne Rücksicht auf Desterreich in die Verhandlungen über den Handelsvertrag einzutreten sei. So drohten die Verhandlungen überhaupt zu scheitern. Daß Solches nicht geschah, ist nur einem vermittelnden Antrag Badens zu danken, welcher dahin geht, den neuen Tarif in Berathung zu ziehen, um die preussischen Vorschläge mit den österreichischen in Vergleichung zu bringen. Auf den Einwurf einiger Regierungen, daß ein solches Verfahren präjudizialen Charakters wäre, haben die Vertreter sich von Seiten ihrer Regierungen instruitiren lassen, was eine Sistirung der Verhandlungen von 5 bis 6 Tagen zur Folge hatte, so daß man dieselben erst jetzt wieder aufnehmen konnte.

Berlin, 25. Nov. Die Kommission zur Vorbereitung des Antrags in Betreff Schleswig-Holsteins ist gestern Abend zusammengetreten, und noch in derselben Sitzung dahin schlüssig geworden, einstimmig dem Abgeordnetenhaus den gestellten Antrag mit einem Zusatz zu Nr. 2 der Erwägungsgründe zur Annahme zu empfehlen. Dieser Zusatz lautet: „... und daß einem deutschen Volksstamme gegen seinen Willen und gegen seine verfassungsmäßigen Rechte kein fremder Herrscher durch fremde Mächte aufgedrungen werden darf.“ Die Verhandlungen nahmen einen zum Theil heiteren Verlauf, bei denen der Teufel eine große Rolle spielte, „der Teufel“, dem man Geld geben und hinterher doch überlisten könnte.“

Zur Einleitung nahm der Berichtsteller, Hr. T w e s t e n, das Wort um einen ausführlichen geschichtlichen Rückblick des Verhältnisses der Herzogtümer zu Dänemark seit 1500 bis zum Tode des letzten Königs zu geben, daran einige patriotische Erörterungen zu knüpfen und mit der Erklärung zu schließen, daß er Weiteres sich vorbehalten müsse, bis die Regierung ihren Standpunkt zu der Sache präzisirt haben würde.

Hr. v. C a r l o w i t z ging weiter und richtete an den Vertreter des Ministeriums der ausw. Angelegenheiten, Wirkl. Geh. Legationsrath Hrn. Abelen, die Aufforderung, sich zur Sache zu erklären; er aber letzterer dem Ersuchen nachkommen konnte, stellte Hr. Dahmann den Antrag, daß die Erklärung des Reg.-Kommissärs nicht in die Öffentlichkeit gelangen solle, welcher Antrag in der Hoffnung einer wichtigen Mittheilung sofort angenommen wurde.

Anstatt dieser wichtigen Mittheilung erklärte Hr. Abelen, daß die Regierung sehr wohl die äußerste Wichtigkeit der Frage erkenne, daß sie befehle sei von dem Wunsche, dieselbe zur Ehre Preußens und Deutschlands zum Austrag kommen zu sehen, daß sie aber vor Allem überreife Beschlüsse vermeiden müsse und sich augenblicklich außer Stande sehe, über die Behandlung dieser hochwichtigen Frage irgendwelche Mittheilung zu machen.

Die Kommission sah sich enttäuscht und gab diesem Gefühl Ausdruck. Zuerst brachte Hr. v. S y b e l oben erwähntes Amendement ein.

Graf S c h w e r i n bekämpfte noch immer den Antrag, meinte aber, daß, wenn derselbe einen Zusatz erhielt, Sr. Maj. dem Kön. nicht dem Ministerium, die nöthigen Mittel zur Ausführung zur Verfügung zu stellen, er demselben vielleicht nicht entgegenzutreten werde. Von Seiten eines Antragstellers ward hierauf erwidert, daß in dem Antrag allerdings ein Angebot enthalten sei, die Mittel zur Durchführung desselben zu gewähren, nicht dem Hrn. v. Bismarck, dessen jactis feindseliges Auftreten gegen die Herzogtümer Hr. v. Sybel unter Protest des Regierungskommissärs betonte, sondern Sr. Maj. dem Könige.

Mit dieser Erklärung gab Graf Schwerin seinen Widerstand auf, und als es hierauf zur Abstimmung kam, trat er dem Antrage der 117 nebst dem Zusatz zu Nr. 2 der Erwägungsgründe bei; alle gestellten Amendements wurden verworfen und einstimmig erzieht.

Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung waren heute zu einer Privatbesprechung nach dem Rathhause geladen, um über die Maßregeln zu berathschlagen, welche zur Unterstützung der Schleswig-Holsteinischen bei der Einwohnerschaft zu veranlassen seien. Wie es heißt, ist eine Geldsammlung beschlossen worden.

Der bekannte Prozeß gegen die in Leipzig erscheinende „Gartenlaube“ hat nunmehr durch die Entscheidung der dritten Instanz seine Erledigung gefunden. Vom Obertribunal ist die Nichtigkeitsschwurde gegen das verurtheilende Erkenntniß des Kammergerichts verworfen worden.

Wien, 24. Nov. (Fr. P.-Ztg.) Die auf den 6. Dez. in Nürnberg verabredete gewesene Zusammenkunft österreichischer und deutscher Landtags-Mitglieder ist dem Bernehmen nach, weil Angesichts der brennenden Schleswig-holsteinischen Frage die Bundesreform-Frage augenblicklich in den Hintergrund getreten, auf unbestimmte Zeit vertagt worden.

Jansbrück, 24. Nov. Die Tyroler Blätter beobachteten bis heute eine gewisse Zurückhaltung in Bezug auf Schleswig-Holstein. Doch die „Jnn-Ztg.“ tritt heute hervor und erklärt:

Demjenigen, welcher in diesem Augenblick dem allzu klugen Denken und Rechnen eine kühne entschlossene That vorzieht, welcher zuerst den Ruf erhebt: „Auf nach dem Norden!“ wird die ganze deutsche Nation jubelnd folgen, und wir können nur wünschen, daß unser Jung-Österreich dieser kühnen entschlossene Träger des deutschen Reichspaniers sei, und damit zugleich tilge, was Alt-Österreich an den treuen und muthigen Herzogthümern mitterwärtig hat.

Triest, 18. Nov. Die „Trief. Ztg.“ bringt folgende bemerkenswerthe Mittheilung:

Es ist aufgefallen, daß im französischen Selbstbuch einer von Sr. Kaiserl. Hoheit dem Hrn. Erzherzog aufgestellten Bedingung zur Annahme des mexikanischen Tröns, der Garantien nämlich, gar keine Erwähnung getan ist. Wir glauben genau unterrichtet zu sein, wenn

wir annehmen, daß an entscheidender Stelle, sowohl in Miramare als in Wien, gerade auf die Garantien ein besonderes Gewicht gelegt wird. Es scheint demnach, daß über diesen Punkt noch Verhandlungen im Zug sind, deren Erfolg noch abzuwarten ist.

Schweiz.

Bern, 23. Nov. Der Bundesrath hat auf das Einladungs schreiben des Kaisers Napoleon geantwortet, er nehme die Einladung zu dem Pariser Kongreß an, indem er hoffe, daß die Verträge wie bisher würden respektirt werden.

Frankreich.

Paris, 25. Nov. Die Antwort Rußlands auf das kaiserl. Schreiben ist nunmehr in Paris eingetroffen. Die „Patrie“ will wissen, daß dieselbe in sehr versöhnlichen Ausdrücken abgefaßt sei; das Gerücht, daß Rußland seine Zustimmung von dem Aufgeben der polnischen Frage abhängig mache, sei unbegründet. Inzwischen ist zu bemerken, daß Rußland wesentliche Vorbehalte macht. Die zwei einzigen Souveräne, welche dem Kongreß bis jetzt ohne Phrase bestimmten, sind Victor Emanuel und der Sultan. — Alle offiziellen Blätter, Agenturen und Korrespondenten haben Weisung erhalten, zu melden, daß die Regierung des Kaisers entschlossen sei, selbst ohne England zur Abhaltung des Kongresses zu schreiben. Gleichzeitig bereitet man das demnächstige Erscheinen einer offiziellen Broschüre vor, welche die drohenden Eventualitäten, falls der Kongreß nicht zu Stande käme, ins Licht setzen wird.

Die Kammer hat gestern die Wahl des Hrn. J. J. P. Perceire, trotz der gegentheiligen Meinung des Bureau's, für ungültig erklärt. Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß diese Strenge der Kammer das allgemeine Tagesgespräch, namentlich in Finanzkreisen, bildet. — Der „Patrie“ zufolge verpflichtet sich die mexikanische Regierung, der französischen Regierung eine jährliche Entschädigung von 1400 Fr. per Mann der in Mexiko zu belassenden Truppen zu bezahlen, ebenso soll die von Frankreich ursprünglich geforderte Summe von 3 auf 11 Millionen erhöht werden. — Hr. v. Billamarina hat Paris nach einmonatlichem Aufenthalt vorgestern verlassen, um auf seinen Präfectenposten in Mailand zurückzufahren. — Dem Vernehmen nach hat sich die französische Regierung entschlossen, sich nicht weiter in den Streit zwischen dem Vizekönig von Aegypten und Hrn. v. Lesseps zu mischen, mit andern Worten, das Unternehmen des Suezkanals aufzugeben. Die franz. Kapitalisten werden zuletzt von der Gnade Englands abhängen. — Hr. v. Willemeissant, welcher als Beilage zum „Figaro“ die Veröffentlichung von Autographen begonnen hat, wurde beauftragt, daß er sich der Veröffentlichung von Briefen und Aktenstücken politischen Inhalts zu enthalten habe. Die nächste Nummer wird u. A. den Abklatsch einer Handzeichnung des kleinen kaiserl. Prinzen bringen. — Die Wittwe Scribe's — des Verfassers des Textes zur „Africanerin“ — hat Hrn. Meyerbeer gerichtlich auffordern lassen, entweder die Oper, zu welcher Scribe den Text lieferte, zur Aufführung zu bringen, oder ihr 60,000 Fr. Entschädigung zu zahlen.

Börse flau und vor Allem geschäftslos. Rente 67.10 bis 67.15. — Cred. Mob. 1080—1088. Käufer und Verkäufer beobachten sich.

Dänemark.

Kopenhagen, 21. Nov. (D. A. Z.) Der König hat gestern auf dem Schlosse zu Christiansburg den Reichsrath empfangen, welcher erschienen war, um seinen Dank für die königliche Unterzeichnung der eiderdänischen Verfassung auszusprechen. Bei der Vorstellung waren die Königin Luise, die Prinzessinnen Dagmar, Thyra und der Prinz Waldemar gegenwärtig. Theilnahmslos verhielt sich die vor dem Schloß versammelte Menge. Erst als der König auf den Balkon trat, um dem Volke für seine Anhänglichkeit an das königliche Haus zu danken und den Segen Gottes für Dänemark zu erbitten, erhoben die Versammelten laute Zurufe. Heute empfängt der König die Universität. Aus Stockholm ist der Adjutant des Königs von Schweden, General Bildt, zur Kondolirung, sowie zur Gratulation eingetroffen und vom König empfangen worden. Derselbe wird auch der feierlichen Befestigung des Königs im Dome zu Roskilde, welche am 19. Dez. stattfinden soll, und für welche große Vorbereitungen getroffen werden, beiwohnen. Zur Aufrechterhaltung der dänischen Autorität in den Herzogthümern sind von der Regierung bereits polizeiliche und militärische Maßregeln getroffen worden.

Spanien.

Madrid, 23. Nov. (Köln. Ztg.) Einem Gerücht zufolge, welches hier ziemlich viel Glauben findet, hätte ein spanisches Kriegsschiff zwei amerikanische Schiffe zerstört, welche den Aufständischen in San Domingo Waffen und Munition zuführen sollten.

Großbritannien.

London, 24. Nov. Im gestrigen Ministerrath scheint man sich endlich über die Kongreßfrage geeinigt zu haben. Die Einladung zum Kongreß wird mit aufrichtigem Bedauern, aber doch einfach abgelehnt. Indem die „Morn. Post“ diese Anzeige macht, deutet sie an, das französische Kabinett habe, auf das Verlangen nach einem Programm, erwiedert, daß der Kongreß, wenn er mit der polnischen, schleswig-holsteinischen, italienischen und moldau-wallachischen Frage fertig werden könnte, seinem Zweck entsprechen würde. Nur mit diesen kleinen vier Fragen? Weiter nichts?

So lange wir im Kongreß nicht mehr sagen könnten — sagt die „Post“ — als wir schon in unseren Depeschen gesagt haben, würde es uns kaum gelingen, Rußland mit dem Delweg in der Hand und ohne neuen Entschluß im Herzen zu begegnen, während es selbst seine Ausrottungspolitik in Polen fortsetzt und sein Vertreter mit noch blutigerem Schwert in der Faust erscheinen würde. Der Stand der Dinge in Holstein ist zwar drohend, aber was könnte ein Kongreß bewerkstelligen, das nicht schon durch den Vertrag von 1852 erzielt ist? Was ließe sich in Italien thun? Den Augenblick, wo man Venetien erwähnte, würden die Desistiren den

Kongreß verlassen. Selbst wenn eine Mehrheit von Staaten den Wunsch ausdrückte, daß der Kaiser auf jenen Theil Italiens verzichten möge, wäre dieser Ausdruck eben so werthlos wie ein Votum der anthropologischen Gesellschaft. Gesezt aber, daß man Venetien überginge, würde König E. Emanuel mit Vergnügen seinem Königreich permanente Grenzen gezogen und jede Hoffnung für die Königin der Adria auf immer erlöschen lassen? Noch weniger Gutes könnte man durch ein Herumspukeln an der großen orientalischen Frage stiften. Rußland wäre nur der Gelegenheit froh, um Enthebung von den i. J. 1856 eingegangenen Verbindlichkeiten anzuhalten, während es endlose Anschuldigungen gegen die Pforte vorbringen und den Samen frischer Wirren in allen Theilen der Türkei auszu säen suchen würde. Kurz... bei aller Achtung vor den bewundernswürdigen Gesinnungen und Vorsätzen des Kaisers dünkt uns, daß der Kongreß kein Heilmittel für alte Schäden und keine spezifische Arznei für neue Uebel sein würde. Die Minister eines verfassungsmäßigen Landes fühlen sich nicht berechtigt, ihrer Monarchin die Beschickung einer Versammlung anzurathen, deren Zweck sie als utopisch ansehen. Wir können sie deshalb nicht tadeln; denn es ist eine große Verantwortlichkeit, einen Kongreß anzunehmen, der nur der Anfang der Zwietracht sein könnte.

Die „Times“ beschäftigt sich heute wieder mit der Gefahr eines deutsch-dänischen Krieges. Die außerordentliche Agitation — sagt sie — die jetzt in Deutschland wegen der Erbfolge in den dänischen Herzogthümern herrscht, kann vielleicht noch aufgehalten werden, wenn die Großmächte, die durch ihren Einfluß und ihr Beispiel Europa regieren, den deutschen Regierungen mit Entschiedenheit zu verstehen geben, daß der Vertrag von 1852 nicht von seinen Unterzeichnern verlegt werden darf. Niemand kann die Nachrichten lesen, die jeder Tag bringt, ohne zu gewahren, daß die Gefahr eines unversöhnlichen Kampfes wirklich vorhanden ist. In den deutschen Hauptstädten zeigt sich augenscheinlich der Wunsch, die Regierung zum Handeln zu zwingen, und die Regierungen haben nichts dagegen, sich vorwärts treiben zu lassen. Angesichts der zahlreichen nationalen Kundgebungen, die man aus allen Theilen Deutschlands meldet, verzweifelt aber die „Times“ an der Möglichkeit, die Bewegung im Keime zu ersticken, und sie kommt daher auf den Gedanken, daß man jedenfalls die größern deutschen Staaten zur Nichtintervention zwingen und den zu erwartenden Ausbruch oder Krieg lokalifiren sollte.

Auch der „Advertiser“ spricht, jedoch aus andern Gründen und Erwartungen, für einen lokalisirten Krieg. Die Herzogthümer — sagt er nämlich — dürfen sich nicht mit den deutschen Höfen in Verbindung setzen, sondern müssen sich rein auf die eigene Kraft verlassen. Diese Lokalisirung des Kampfes würde aber nicht die Theilnahme deutscher Freiwilligen ausschließen, im Gegentheil sie notwendig machen. Der „Gerald“ schreibt dem Peter gegen Deutschland fort.

Baden.

Karlsruhe, 25. Nov. (Die Versammlung in dem Rathhause.) Zunächst erschien Hr. Väder Barholz auf der Tribüne, um der nationalen Sache einige poetische Worte zu widmen.

Hr. Prof. Baumgarten kommt auf die bereits mitgetheilten Sätze mit dem Bemerkten zurück, daß den Männern, welche die Versammlung beriefen, das in ihnen Enthaltene genug schien, daß sie über diese Punkte vorerst nicht hinausgehen, nicht zu Geldsammlungen, zum Anruf von Freiwilligen u. s. w. fortschreiten wollen. Uebrigens werde voraussichtlich dazu die Zeit bald kommen. Schließlich regt Redner die Frage der Verbindung mit den andern Städten des Landes in der schleswig-holsteinischen Sache an.

Medizinrath Dr. Kusel macht den Vorschlag, daß Diejenigen, welche die heutige Versammlung veranstalteten, sich als ständiges Schleswig-Holstein-Komitee konstituiren möchten. (Findet allseitige Zustimmung.)

Prof. Dr. Eckart, welcher der heutigen Versammlung in Forzheim beiwohnt hat, verbreitet sich über die dort gefaßten Beschlüsse, ohne jedoch Anträge hieran knüpfen zu wollen, mit Ausnahme etwa des Vorschlags, eine Deputation an Se. Königl. Hoheit den Großherzog zu senden, um Höflichkeitenshalben die freudige Anerkennung der Haltung der großh. Regierung in dieser wichtigen nationalen Angelegenheit auszudrücken und von den Beschlüssen der Versammlung ehrenbeistimmig Mittheilung zu machen. Redner wob in seinen Vortrag manch zündendes Wort ein, das seine Wirkung nicht verfehlte.

Abordt Dr. Busch berührt eine geschäftliche Frage, die der Gestaltung der Verfassung des Komitee's auf 30 Mitglieder durch Kooptation. (Der Vorschlag wird angenommen.) Redner benützt die Gelegenheit, um — obgleich entschiedener Parteimann — die ganze Herzogensfreunde, die er empfinde, auszusprechen, daß er in dieser Sache alle Parteien einig sehe. So müsse es überall in Deutschland sein.

Hr. Oberbürgermeister Malisch bringt den Eckardt'schen Antrag zur Abstimmung. Derselbe wird angenommen, worauf sich die Versammlung mit einem begeisterten Hoch auf Deutschland trennt.

Der ganze Verlauf der Versammlung war ein durchaus würdiger und ernstlicher.

Forzheim, 26. Nov. Gemäß der, bei der am letzten Samstag betheiligten Schleswig-Holstein's tagungenden Versammlung gefaßten Beschlüsse wurde gestern Se. Königl. Hoheit dem Großherzog durch die Hh. Oberbürgermeister Schmidt, Oberbürgermeister Zetrenner, Landtags-Abgeordneter Lenz, Fabrikant E. Böhler und Fabrikant Rohred eine Adresse überreicht. Die Deputation hatte sich einer huldvollen Aufnahme zu erfreuen.

Die Unterzeichnungen für die thätige Beihilfe in der Sache nehmen einen raschen Fortgang. Vorgesiert unterzeichneten sich in einer besonders anberaumten Versammlung 86 junge Leute, um, wenn es noch thue, den Herzogthümern persönliche Hilfe zu leisten; ebenso ist es mit Geldzeichnungen. Schon vorgestern belief sich die gezehnete Summe auf etwa 8000 fl.

Heidelberg, 26. Nov. Die bereits erwähnte allgemeine Versammlung zu Gunsten Schleswig-Holsteins fand gestern Abend auf vorangegangene öffentliche Einladung im großen Museumsaal statt. Dieses Lokal war als das geräumigste in der Stadt gewählt worden, und doch reichte es kaum hin, die Masse der Theilnehmer aus allen Klassen der Bevölkerung aufzunehmen; so groß ist auch hier die Begeisterung für die nationale Sache. An der Stelle des durch Unwohlsein abgehaltenen Bürgermeisters Krausmann eröffnete die Ges. Rath Bluntzschli mit einer kurzen einleitenden Rede, worin er besonders den hohen Ernst der Sache hervorhob. Zum Vorsitze wurde die Ges. Rath v. Vangerow berufen, der gleichfalls eine von ebler Begeisterung für die große Nationalsache zeugende Ansprache hielt und dabei ganz besonders betonte, daß die ganze Universitätskorporation, ohne Ausnahme, dieser heiligen Sache zugethan sei. Hofrath Häusser begründete in einem längern, häufig durch lauten Beifall unterbrochenen Vortrag die vorgeschlagenen drei Resolutionen, welche schließlich, nachdem ein vom Hrn. v. Sager ein- gebrachtes und begründetes Amendement mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt war, unverändert angenommen wurden und die mit den in der Mannheimer Versammlung angenommenen fast wörtlich übereinstimmen. Jedenfalls haben diese Verhandlungen und die ganze Versammlung ein glänzendes Zeugniß von der hier in allen Ständen und Parteien herrschenden einmüthigen Begeisterung für die Rechte der deutschen Herzogthümer Schleswig-Holstein und für die verpöndete Ehre Deutschlands abgelegt. Der Präsident schloß die Versammlung mit einem dreifachen Hoch! auf das große, ganze deutsche Vaterland, nachdem der provisorische Ausschuß als definitiv bestätigt worden war. Derselbe besteht aus folgenden Herren: Andersh, Bluntzschli, Häusser, W. Hofmeister, Kaufmann, Ch. Keller, H. Krausmann, J. Landfried, Rittermaier sen., Rebel, Bagenstcher sen., Bilsdorf, v. Rochau, Ph. Schaaff, Speyerer, v. Vangerow, Dr. Wolf, A. Zimmermann.

Mannheim, 24. Nov. (Mannh. Z.) Heute fand unter mehreren Mitgliedern der hiesigen protestantischen Gemeinde eine Besprechung über die dahier beabsichtigte Gründung eines Lokalvereins des deutschen Protestantenvereins statt. Man war allgemein von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit dieser Maßregel überzeugt und hielt die Statuten des kürzlich in Heidelberg gestifteten Lokalvereins, einige unwesentliche Modifikationen abgerechnet, auch den hiesigen Verhältnissen für vollkommen entsprechend, und würde sofort zur Berufung einer Versammlung sämtlicher Protestanten hiesiger Stadt geschritten sein, wenn man nicht bei der durch die schleswig-holsteinische Frage hervorgerufenen Erregung der Gemüther den gegenwärtigen Augenblick für weniger geeignet dazu gehalten hätte. Man beschloß daher, in etwa 14 Tagen eine nochmalige Besprechung in erweitertem Kreise einzutreten zu lassen, und sofern sich keine neuen Hinderungsgründe entgegen stellten, zwischen Weibachten und Neujahr zur Berufung der allgemeinen Versammlung zu schreiben.

Mannheim, 25. Nov. Heute wurden dahier in öffentlicher Sitzung des Hofgerichts folgende Haupt- und Ersatzgeschworne durch das Loos gezogen:

Hauptgeschworne. 1) L. Würth, Privatmann von Heidelberg. 2) G. Ph. Giesler, Landwirth von Ostersheim. 3) M. Eberle, Gastwirth von Landenbach. 4) H. Ghet VI., Kaufmann von Heimbach. 5) K. Dell, Müller von Mammthal. 6) J. Zahn, jung, Gastwirth von Neckarau. 7) H. K. Sauerbeck, Weinbändler von Mannheim. 8) J. M. Elgash, Kaufmann von Mannheim. 9) Ph. Kähler, Bürgermeister von St. Jgen. 10) B. Seelig, Handelsmann von Mannheim. 11) L. Feder, Bürgermeister von Wallstadt. 12) P. Thome, Gastwirth von Borberg. 13) J. H. Werner, Seifenfabrikant von Heidelberg. 14) H. Reichart, Gastwirth von Rappnau. 15) Gb. Jenkel, Kaufmann von Oberrösch. 16) B. Maas, Landwirth von Straßheim. 17) Chr. Rausch, Müller von Rosbach. 18) J. B. Hüb, Weinbändler von Mannheim. 19) G. Frey, Müller von Lobensfeld. 20) Fr. Th. Mertle, Gemeinderath von Neudenau. 21) B. Bad V., Gastwirth von Zudenheim. 22) G. Butterfisch, Kaufmann von Mannheim. 23) J. Meiser, Maurermeister von Heidelberg. 24) P. Frank II., Bürgermeister von Leutershausen. 25) B. Gemann, Gemeinderath von St. Burken. 26) M. Förster, Wirth von Rohrbach. 27) Fr. Münder, Gastwirth von Schwellingen. 28) G. B. Volz, Nikolaus Sohn, Gemeinderath von Seckenheim. 29) Gd. Traumann, Kaufmann von Mannheim. 30) R. Endlich, Gastwirth von Neckarelz. 31) M. Eisner, Gemeinderath von Handshuchheim. 32) J. König, Gemeinderath von Königshofen. 33) A. Hammer, Gastwirth von Buchen. 34) L. Spiger, Gemeinderath von Heidelberg. 35) Ph. H. Hoffmann, Gemeinderath von Käferthal. 36) W. Köber, Bankier von Mannheim.

Ersatzgeschworne. 1) S. Röther, Kaufmann. 2) K. Hillebrand, Gastwirth. 3) L. Dinkel, Schuhmachermeister. 4) T. Witzschling, Dekonom. 5) K. Mauer, Kaufmann. 6) B. Bender, Landwirth. 7) W. Sönter, Schlossermeister. 8) K. Rafig, Hofsekretär. Sämmtlich von Mannheim.

Freiburg, 26. Nov. Das hiesige Schleswig-Holstein-Komitee veröffentlicht in den hiesigen Blättern einen Aufruf an die Männer Freiburgs und des Breisgau's, um dieselben auf nächsten Sonntag zu einer Volksversammlung in der Festhalle einzuladen. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Kommet Alle, Alle, die Ihr ein Herz habt für das Vaterland, kommet Hand in Hand, als Brüder, die ihre Parteilichkeiten abgeschüttelt haben, jetzt, da das Vaterland ruft! Deutschland darf in diesem Augenblick keine Parteien mehr haben; es hat nur noch eine Partei. Kommet, so viel Ihr könnt, Eure Weiber und Kinder sollen die Häuser hüten, wer aber Mann ist, der komme! Kommet taufendweil, kommet und gebet Eure Stimmen ab, daß Ihr die Ehre wollt und nicht die Schande! Gott schütze das Vaterland!“

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag 27. Nov. 4. Quartal. 125. Abonnementsvorstellung. **Viel Lärm um Nichts**; Lustspiel in 5 Akten, von Shafpeare. Nach des Grafen Baudissin Uebersetzung eingerichtet von Gd. Devrient.

Sonntag 29. Nov. 4. Quartal. 126. Abonnementsvorstellung. **Der Freischütz**; romantische Oper in 3 Akten, von Künd; Musik von Weber. „Agathe“: Frau W a s i u s - Braunh o f e r zur zweiten Gastrolle.

